

Anhang zur Stellungnahme

1. Das Instrument der Sicherheitsleistung zur Regulierung des Zugangs zum nationalen IT-System zur Nachweisführung der Nachhaltigkeit (NABISY)

Der Zugang zu Nabisy könnte durch eine risikobasierte Sicherheitsleistung reguliert werden (Option). Die Sicherheitsleistung dient zur Absicherung von einer Abgabe, die anfallen und eingezogen werden sollte, wenn nachweislich unwirksame Nachhaltigkeitsnachweise erstellt oder/und weitergegeben werden.

Das setzt voraus, dass der Gesetzgeber zusätzlich regelt, dass nicht nur bei der Nichterfüllung der THG-Quote, sondern auch im Fall des Erstellens oder der Weitergabe von unwirksamen Nachhaltigkeitsnachweisen eine Abgabe festgesetzt werden kann.

Die Sicherheitsleistung könnte optional für diejenigen Wirtschaftsbeteiligten festgesetzt werden, die nicht der Überwachung durch die Zollverwaltung unterliegen, da sie keine sog. Inverkehrbringer sind und erstmalig im deutschen Markt aktiv sind.

Die Höhe der festzusetzenden Sicherheitsleistung sollte sich u.a. danach richten, ob bereits erfolgreich bestandenen Witness-Audits durchgeführt worden sind, in welchem Umfang die produzierten oder angebotenen Biokraftstoffe im deutschen Markt in den Verkehr gebracht oder aufgrund von Exporten wieder aus Nabisy ausgebucht worden sind. Es würden dadurch jene Hersteller und Händler als Verursacher pro Tonne falsch deklarerter CO₂-Einsparung zur Verantwortung gezogen. Die Erhebung einer Sicherheitsleistung im Rahmen der Nabisy-Registrierung würde die Gesetzeskonformität derjenigen Nabisy-Teilnehmer sicherstellen oder zumindest unterstützen, die nicht bereits der hauptzollamtlichen Überwachung unterliegen.

2 Einschränkung oder Aufhebung des Vertrauensschutzes für die erste Lieferstufe

Händler, die direkt beim Biokraftstoffhersteller den Biokraftstoff kaufen (erste Lieferstufe), müssen wie alle anderen Lieferanten zwar auch auf die wirksamen Kontrollen im Rahmen der Zertifizierung vertrauen, aber sie haben anders als die nachfolgende Lieferkette- zusätzliche Möglichkeiten, den Hersteller zu überprüfen.

Deshalb wären zusätzliche Bedingungen für die Gewährung des Vertrauensschutzes für die erste Lieferstufe nachvollziehbar oder notfalls der Wegfall der Vertrauensschutzes ausschließlich für die erste Lieferstufe, wenn keine zusätzlichen Kontrollen für den Nabisy-Zugang kurzfristig umgesetzt werden. Eine Einschränkung oder Aufhebung des Vertrauensschutzes ist somit mit dem Gleichbehandlungsgrundsatz gemäß Art. 3 Abs. 1 GG vereinbar.

Der Vertrauensschutz für die nachfolgenden Lieferstufen muss hingegen unbedingt beibehalten werden, da diese Handelsunternehmen nur ihren unmittelbar vorangehenden Lieferanten sowie deren Zertifikate und Nachhaltigkeitsnachweise überprüfen können. Sie müssen darauf vertrauen können, dass die Kontrollen im Rahmen der Zertifizierung wirksam sind. Diese Unternehmen kaufen im Großhandel ein und sind somit nicht in der Position, die damit verbundenen Risiken (Lagerhaltungs-, Transport-, Preis-, Qualitätsrisiko) absichern zu können.

3. Formulierungsvorschlag für eine Lösungsoption

Der nachfolgende Formulierungsvorschlag beinhaltet als eine mögliche Lösungsoption:

- Aufhebung des Vertrauensschutzes für die erste Lieferstufe,
- Festsetzung von Strafabgaben für die Erstellung und Weitergabe unwirksamer Nachhaltigkeitsnachweise und
- Festsetzung einer Sicherheitsleistung

§ 17 Unwirksamkeit von Nachhaltigkeitsnachweisen

(1) Nachhaltigkeitsnachweise sind unwirksam, wenn

1. sie eine oder mehrere Angaben nach § 12 Absatz 1 nicht enthalten oder
2. sie gefälscht sind oder eine unrichtige Angabe enthalten.

(2) Sofern der Nachhaltigkeitsnachweis ausschließlich nach Absatz 1 Nummer 2 unwirksam ist, entfällt der Anspruch nach § 3 auf Anerkennung des Biokraftstoffs oder der Teilmenge, auf die sich der unwirksame Nachhaltigkeitsnachweis bezieht, wenn

1. dem Nachweispflichtigen oder *dem Lieferanten* die Gründe für die Unwirksamkeit des Nachhaltigkeitsnachweises zum Zeitpunkt des Einsatzes der Menge Biomasse, auf die sich der unwirksame Nachhaltigkeitsnachweis bezieht, bekannt waren oder er bei Anwendung der im Verkehr üblichen Sorgfalt die Unwirksamkeit hätte erkennen können oder
2. das Zertifikat der ausstellenden Schnittstelle zum Zeitpunkt der Ausstellung des Nachhaltigkeitsnachweises ungültig war oder
3. *der Nachweispflichtige oder/und Lieferant den Biokraftstoff direkt von einer letzten Schnittstelle erworben hat oder*

(3) Sofern der Nachhaltigkeitsnachweis ausschließlich nach Absatz 1 Nummer 2 unwirksam ist,

setzt die zuständige Stelle gegen die letzte Schnittstelle, den Lieferanten und den Nachweispflichtigen jeweils eine Abgabe auf Grundlage der Fehlmenge der im Nachhaltigkeitsnachweis genannten Treibhausgasminderung fest, vorausgesetzt, dass dem jeweiligen Abgabepflichtigen die Gründe für die Unwirksamkeit des Nachhaltigkeitsnachweises zum Zeitpunkt des Einsatzes der Menge Biomasse, auf die sich der unwirksame Nachhaltigkeitsnachweis bezieht, bekannt waren oder bei Anwendung der im Verkehr üblichen Sorgfalt die Unwirksamkeit hätten erkennen können.

Die Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis der Gründe für die Unwirksamkeit des Nachhaltigkeitsnachweises wird dabei - bis zum Beweis des Gegenteils - bei der letzten Schnittstelle und bei dem unmittelbar von der letzten Schnittstelle Biokraftstoff beziehenden Lieferanten unterstellt.

Für die Höhe der Abgabe gilt § 37c (2) S. 5 BImSchG entsprechend.

Zur Absicherung etwaiger Abgabenansprüche gem. Absatz 3, Satz 1 setzt die Eröffnung eines Kontos in der Datenbank nach § 10 Abs. 2 die Leistung einer Sicherheit durch den Antragsteller voraus, wahlweise in Form einer Barleistung oder einer Bankbürgschaft, es sei denn, der Antragsteller steht unter hauptzollamtlicher Überwachung oder hat sich erfolgreich einer Vor-Ort- Kontrolle durch die zuständige Behörde eines Mitgliedsstaates der Europäischen Union zum Zweck der Überwachung der Arbeitsweise der Zertifizierungsstellen nach Artikel 30 Absatz 9 Unterabsatz 2 der Richtlinie (EU) 2018/2001 unterworfen. Die Höhe der Sicherheit bemisst sich an der im Fall der Unwirksamkeit der in einem Jahr in der Datenbank nach § 10 Abs. 2 erstellten oder weitergegebenen Nachhaltigkeitsnachweise zu zahlende Abgabe.

Hierfür bedarf es der Übermittlung einer Übersicht des prognostizierten Volumens an Treibhausgas-Einsparungen für das laufende Verpflichtungsjahr durch den Antragssteller an die zuständige Behörde, welche vom Antragsteller aktuell zu halten ist. Im Fall nachträglicher Änderungen des prognostizierten Einsparungsvolumens setzt die zuständige Behörde die Sicherheitsleistung entsprechend herauf oder herab.